

Deutschland / Österreich / Schweiz

Studie zum E-Government

[14.03.2016] Als Treiber für E-Government-Aktivitäten sehen Behörden in erster Linie die Politik und sich selbst. Das ist ein Ergebnis einer Studie des Unternehmens Materna und von Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Materna hat zusammen mit der Hochschule Harz, der Berner Fachhochschule und der Fachhochschule Kärnten eine Studie zur Wirkung von E-Government in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt. Wie das Unternehmen meldet, sind im Herbst 2015 rund 900 Verwaltungen befragt worden. Davon haben 16 Prozent an der Untersuchung teilgenommen. Die Studienergebnisse werden erstmals am 16. März 2016 auf der CeBIT (14.-18. März 2016, Hannover) vorgestellt. Sechs Kernergebnisse kündigt Materna mit Blick auf die Studie an. Demnach sehen Behörden in erster Linie sich selbst und die Politik als Treiber für E-Government-Aktivitäten. Die gewachsenen Ansprüche der Verwaltungskunden spielten als Treiber eine nachgeordnete Rolle. Dennoch werden als Ziele des E-Governments – vor allem in Österreich und der Schweiz – nach außen gerichtete Effekte genannt, nämlich die Erhöhung der Qualität und die Verbesserung der Abläufe für Bürger und Wirtschaft. Deutsche Verwaltungen sehen eher nach innen gerichtete Effekte, etwa die Zeitersparnis als Ziel des E-Governments. Mehr als drei Viertel aller deutschen Landes- und Kommunalbehörden haben laut der Befragung eine eigene E-Government-Strategie. Über ein eigenes E-Government-Gesetz verfügte zum Befragungszeitraum ein Fünftel der deutschen Bundesländer. Bei der Frage bereits umgesetzter E-Government-Services platziert sich Österreich im Ländervergleich vor der Schweiz. Deutschland bildet das Schlusslicht. Wie Materna meldet, sind nur die Georeferenzierung und die elektronische Akte bei mehr als der Hälfte der befragten deutschen Verwaltungen im Einsatz. Elektronische Amts- und Verkündungsblätter sowie elektronische Bezahlungsfunktionen setze knapp die Hälfte der Verwaltungen ein. Das größte Planungs- und Entwicklungspotenzial mache die Studie nicht nur bei der E-Rechnung in den Verwaltungen aus. Auch die Prozessoptimierung von E-Government, die Eröffnung eines De-Mail-Zugangs (nur in Deutschland) oder der elektronische Identitätsnachweis hätten Luft nach oben. Mehr als die Hälfte der Verwaltungen plane, diese Elemente in der Zukunft einzusetzen. Zentrale Herausforderungen bei der Einführung von E-Government-Prozessen bleiben laut der Untersuchung der demografische Wandel und Akzeptanzprobleme innerhalb der eigenen Verwaltung. Auch fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen und finanzielle Ressourcen erschweren die entsprechenden Projekte. Dass drei Viertel der Befragten sich eine besser vernetzte Verwaltung wünschen, ist ein weiteres Ergebnis der Studie.

(ve)

Stichwörter: Panorama, Schweiz, Österreich, International, Studie, Hochschule Harz